

Danziger Zeitung.

No 9596.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt

1876.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Madrid, 19. Febr. Einer Mitteilung der amtlichen Zeitung zufolge hat sich Stella heute Vormittag 8 Uhr dem General Primo di Rivera auf Gnade und Ungnade ergeben.

London, 20. Febr. Wie dem „Observer“ aus Kairo vom gestrigen Tage gemeldet wird, ist der Generalmajor Cave nach Alexandria abgereist. General Stokes hat für die Regierung und Befehl für die Suez-Gesellschaft ein Abkommen unterzeichnet, nach welchem die bisherige Zugssteuer durch eine andere Zugssteuer ersetzt wird, welche jährlich bis zu der im Jahre 1882 erfolgten Aufhebung der Steuer fünfzigtausend 50 Cent. fällt. Befehl hat nunmehr seinen in Konstantinopel erhobenen Protest zurückgezogen. Die Gesellschaft wird jährlich 1 Million für die im Canal nöthig werdenden Reparaturen zahlen.

Hendaye, 20. Febr. Die Regierungstruppen haben Enderloa, Laskala und die Vera umgeben. Die Höhen genommen. Die Carlisten befinden sich auf der Flucht.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom 19. Februar.

Ein Gesetzentwurf, betreffend die Vertheilung der öffentlichen Leistungen bei Grundstücktheilungen und bei der Gründung neuer Ansiedelungen in den Provinzen Brandenburg, Posen, Preußen, Pommern und Schlesien, ist dem Hause zugegangen.

Die Spezialberatung des Budgets wird fortgesetzt. Der Etat der Gefängnisverwaltung (Einnahmen 1 695 240 M., fortwährende Ausgaben 3 184 190 M., einmalige Ausgaben 668 310 M.) wird ohne Debatte bewilligt.

Der Etat der Justizverwaltung schließt in Einnahme mit 42 815 000 M., in fortwährenden Ausgaben mit 65 615 000 M., in extraordinären Ausgaben mit 2 800 000 M. ab. — Zu Tit. 5 der Einnahmen (Anteil an dem Arbeitsverdienst der gerichtlichen Gefangenen 445 700 M.) in Verbindung mit Cap. 79 Tit. 11 der Ausgaben (Besoldungen der Strafankaltsbeamten in Berlin 150 800 M.) beantragen die Abgg. Werner, Lefebvre u. Gen.: „Die Staatsregierung aufzufordern, die gesamte Strafvollstreckung und die Bearbeitung der Angelegenheiten der sämtlichen Straf- und Besserungsanstalten sowie der Gefängnisse im Ressort des königlichen Justizministeriums zu vereinigen.“

Abg. Ebert: Der größte Theil der außerordentlichen Ausgaben im Justizetat besteht in Personalkosten und den überwiegenden Bestandteil bilden die Kosten für Neubauten von Gefängnissen. Um die ganze Summe für Gefängnisse zu erhalten, müßte man nach den Strafanstaltsverwaltung betreffenden Theil des Etats des Ministeriums des Innern damit vereinigen. Ein auf meinen Antrag gefaßter Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 11. Januar 1872 ging dahin, daß eine einheitliche Gefängnisverwaltung mit einer möglichst selbstständigen General-Direction herbeigeführt werde. Die Regierung hat sich zwar mit jenem Beschlusse im Prinzip einverstanden erklärt, was sie indes zur Ausführung dieses Beschlusses gethan, besteht lediglich darin, daß die beiden Herren Minister des Innern und der Justiz eine Central-Commission für das Gefängniswesen gebildet haben, welche nicht einmal mit administrativen Befugnissen irgend welcher Art ausgestattet ist, die durch die beiden Minister erforderten Entschlüsse abzugeben. Es ist also lediglich ein Sachverständigen-Comité. Dem Beschlusse dieses Hauses ist damit in keiner Weise genügt. Die Justiz-Commission des Reichstags hat sich nun bereits dahin geäußert, daß das gesamte Gefängnis- und Strafvollstreckungswesen unter das Ressort des Justizministeriums gestellt werde, womit sich auch der Vertreter der verbundenen Regierungen einverstanden erklärt hat. Aber Eile thut noth; denn die Kosten schwellen immer mehr an, und die Resultate dieses höchst wichtigen Zweiges der Verwaltung entsprechen dem Aufwand an Staatsmitteln nicht. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Verbrechen nicht abnehmen, sondern sogar an atrocität zunehmen. Das Delictum ist aber nicht in Verhinderung der strafrechtlichen Bestimmungen, nicht in künstlichen Gefängnisbauten und in einer der Natur der Menschen widerstrebenden Isolierung der Gefangenen zu suchen, sondern in zweckmäßiger Anwendung der Gesehe nicht bloß durch die Richter, sondern durch die Gefängnisverwaltung. Besonders erfolgreich kann hierbei eine ausgiebige Anwendung der Bestimmung des Strafgesetzbuches wirken, wonach eine Abkürzung der Strafe durch vorläufige Entlassung von Strafgefangenen statthast ist. Macht man von dieser Befugnis den rechten Gebrauch, so bedarf man natürlich nicht so vieler Gefängnisbauten. Es hat sich die Anwendung dieser Maßregel in England längst bewährt. Freilich ist die Isolirhaft nicht dazu geeignet, die vorläufige Entlassung in größerem Maße anzuwenden, da man in der Einzelhaft den Gefangenen, der sich dem Geistlichen gegenüber nur allzu häufig verstellt, nicht kennen lernt, ja der Gefangene selbst kann in der Einzelhaft nicht einmal zu einem Bewußtsein darüber gelangen, ob er im Stande sein wird, den Versuchungen der Außenwelt zu widerstehen. Ein anderes Mittel, das Bedürfnis der Gefängnisbauten zu vermindern, ist die Beschäftigung der Gefangenen im Freien. Auf dem Gefängniscongreß, der im Jahre 1872 in London abgehalten und auch von unserer Regierung besichtigt wurde, ist constatirt worden, daß 6 Gefängnisse in den sogenannten Neu-England-Staaten Nordamerikas einen Ueberschuß von 7000 Pfd. St. gaben. Ein ähnliches Verhältnis zeigt sich in den Gefängnissen von Ohio und Michigan, sowie in dem Anglo-Indischen Reich, wo die Gefangenen, soweit sie dazu fähig sind, zu öffentlichen Arbeiten benützt werden. In Alabama und Texas bauen die Sträflinge Eisenbahnen, in Mississippi werden sie mit der Baumwollencultur beschäftigt, in anderen Gegenden mit Steinmetzarbeiten. Die feldmäßige Lebensweise, wie sie bei den Arbeiten im Zellengefängnis notwendig ist, ist ein großes Hindernis der zweckmäßigen Verwendung der Arbeitskraft. Denn die Verbindung der Arbeitskraft an Entrepreneurs führt zu den größten Mißbräuchen, und hat eine ungerechtfertigte Concurrenz

mit der freien Arbeit in viel schädlicher Weise zur Folge, als die Beschäftigung im freien Felde. Wie in Amerika, so hat man auch in Irland und England, z. B. in Portsmouth, Devonport, Chatham in großartiger Weise die Gefangenen zu öffentlichen Arbeiten verwendet und die großen Reformer des Gefängniswesens, Duane, Sir William Crofton und Frederik Hill können die Wohlthat dieses Systems nicht genug rühmen. Die Zahl der Rückfälle hat in England, Schottland und selbst in dem von Parteintritten zerfallenen Irland ungemein abgenommen. Auf dem in Brighton abgehaltenen Gefängniscongreß wurde dies constatirt. Während in den letzten 30 Jahren die Bevölkerung in England und Wales um 41 Proc. gestiegen, hat die Zahl der Verbrechen um 66 Proc. abgenommen; allein in den Jahren 1857–74 fand eine Abnahme der Verbrechen um 20 Proc. statt. Dies ist gerade die Zeit, in der das neue Irish-Englische Gefängnisystem sich entwickelte, das hauptsächlich auf dem Grundsatze der vorläufigen Entlassung und der Beschäftigung der Gefangenen bei harter Arbeit in freier Luft beruht, und diese Art der Beschäftigung gewährt auch in England viel Ertrag, daß er die Gefängniskosten deckt. Auch helfen die Arbeitskräfte der Gefangenen dem Mangel an Kräften zum Landbau ab, ohne den in Fabriken und Handwerken beschäftigten freien Arbeitern Concurrenz zu machen. Dieses System ist nicht eine Ausgeburt grübelnder Theosophie, sondern eine Frucht langer, in allen Zonen gelammelter Erfahrungen. Es hat Botany in einen Garten verwandelt, ist im Begriff, die Sümpfe in Irland a-kulturoden, zieht Eisenbahnen durch Texas und was mehr ist, als alles das, es rettet manche verlorne Seele.

Abg. Götting stimmt dem Vorredner bei in Bezug auf die Nothwendigkeit einer einheitlichen Regelung des Gefängniswesens und die Unterstellung desselben unter den Justizminister; kann ihm aber nicht bestimmen in der Empfehlung der Beschäftigung von Gefangenen im Freien. Man hat bei uns in dieser Hinsicht ebenfalls Versuche gemacht, ist aber schließlich von diesem System wieder zurückgekommen. Auch in England beginnt man schon, von diesem System Abstand zu nehmen. In der That giebt kein System leichter Veranlassung zu Comploten, Verschwörungen, Morden von Aufsichtsbeamten. Die dogmatischen Behauptungen in unseren Gefängnissen sind jedenfalls heiliger für die Gefangenen, als wenn sie, wie in England, sieben Achtel ihrer Zeit völlig ohne Unterricht bleiben müssen.

Abg. Werner: Mein Antrag will, daß der Ausspruch des Hauses der Regierung eine Directive giebt. Wie ich gehört habe, soll die Strafvollstreckung in die Hände der Staatsanwälte gelegt werden. Mein Antrag geht noch weiter und will sie in die Hand des Justizministeriums legen. Schon 1863 fand ein ähnlicher Antrag der Abgg. Windthorst u. Gen. zur Disposition, und zwar zerfiel derselbe in zwei Theile: der erste allgemeine wollte überhaupt die Uebernahme des Gefängniswesens in eine Hand, und der zweite speciell wollte sie in die Hand des Justizministeriums geben. Der erste Theil wurde mit großer Majorität angenommen, der zweite Theil wurde zwar abgelehnt, aber wie es nachher festgestellt wurde, nur in Folge einer irrtümlichen Auslegung der Fragestellung. In der Gefängnisverwaltung herrscht die größte Unregelmäßigkeit: in der Rheinprovinz stehen sämtliche Strafanstalten unter dem Minister des Innern; in den neu annectirten Ländern standen sie früher unter dem Justizminister und wurden nach der Annexion dem Minister des Innern unterstellt. In den alten Provinzen herrscht eine noch größere Confusion; meistens sind die Anstalten, in denen Freiheitsstrafen unter 3 Monaten vollstreckt werden, dem Justizminister, die übrigen dem Minister des Innern unterstellt. Sie sehen wohl hieraus, daß es absolut nothwendig ist, daß die Angelegenheit in eine Hand gelegt werde. Es handelt sich somit nur noch um den zweiten Theil meines Antrages: ob das Gefängniswesen in die Hand des Justizministeriums oder in die des Ministers des Innern gelegt werden soll. Es ist geltend gemacht worden, daß die Verwaltungsbeamten sich besser für die Gefängnisfragen eignen würden. Dagegen möchte ich bemerken, daß ja der Justizminister durchaus nicht gezwungen sein würde, nur Justizbeamte zu wählen, und daß selbst diese sehr gut geeignet sind, dafür möchte ich nur auf Wittenberg hinweisen, das unter dem Justizminister steht. Nach meiner Auffassung kann aber principiell das Gefängniswesen nur unter dem Justizminister stehen; die Justiz verhängt die Strafen und sie muß auch in Folge dessen darüber wachen, daß die Strafen gerecht vollzogen werden. Es ist dies eine Pflicht des Justizministers und ist sein Recht. Was dann aber die finanzielle Seite der Sache anlangt, so dürfte das Budget doch sehr schlecht fortkommen, wenn das Gefängniswesen unter den Minister des Innern gestellt würde. In ganz Preußen bestehen 900 Gefängnisse, davon kommen etwa 600 auf die kleinen Gerichte. Hier ist der Amtsdienster zugleich Gefängniswärter, der Secretär ist Inspector, und der Kreisrichter führt die Oberaufsicht. Wenn aber diese Gefängnisse dem Minister des Innern unterstellt werden, so würde eine Anzahl von neuen Beamten angestellt werden müssen, die den Etat unerträglich belasten würden. In fast allen anderen Staaten besteht auch die Einrichtung, daß die Gefängnisse dem Justizminister unterstellt sind: in Belgien, Holland, in der Schweiz, in Oesterreich-Ungarn, Meiningen, Baden und selbst in Schweden. In Frankreich stehen die Gefängnisse allerdings unter dem Minister des Innern, aber man geht jetzt damit um, sie unter das Justizministerium zu bringen.

Abg. Ebert betont dem Abg. Götting gegenüber noch einmal, daß seit Einführung des erwähnten Systems in England die Zahl der Verbrechen dort zurückgegangen sei, und daß in Folge dessen das System die Reize um die ganze Welt gemacht habe.

Abg. Windthorst (Meppen). Ich glaube, daß der Abg. Götting mit seiner Ansicht, daß das englische System zu veralteten Standpunkten zurückführe, nicht Recht hat. Jenes System unterscheidet sich doch wesentlich von unserem alten der Beschäftigung der Sträflinge als Baugefängnisse. Die Wahrheit wird wohl hier wieder in der Mitte liegen. Man braucht sich ja absolut nicht für eine Art von Beschäftigungen zu erklären, wie es der College Ebert will, man könnte vielmehr eine ganze Reihe von Beschäftigungen hinstellen, wie z. B. auf dem Gebiete des Ackerbaues, welche Beschäftigung entschieden eine bessernde Wirkung auf die Gefangenen

ausüben würde. Aber diese Frage wird wohl heute nicht entschieden werden können. Die zweite Frage ist die, ob das Gefängniswesen dem Justizminister zu unterstellen sei oder dem Minister des Innern. Denn darüber daß es überhaupt in eine Hand übergehen müsse, ist sich wohl Jeder klar geworden. Wenn es nun aber in eine Hand gelegt werden soll, so kann dies nur die des Justizministers sein. Die Schwierigkeit liegt aber nicht in den oberen, sondern besonders in den mittleren Instanzen. Sollte die Strafvollstreckung in diesen den Staatsanwälten übertragen werden, so würde ich dies nicht für glücklich halten. Das Institut der Staatsanwaltschaft hat sich in den verschiedenen Provinzen verschieden ausgebildet, aber wie es nun einmal besteht, ist es in den Augen der Bevölkerung lediglich ein Verfolgungsinstitut. Ihre Berufung laufen immer auf Erhöhung des Strafmaßes hinaus, sie beantragen ferner stets höhere Strafen, als sie die Billigung der Gerichte finden. Wenn das aber so ist, so wäre es doch sehr bedenklich, wenn die Staatsanwaltschaft die Sache in die Hände bekäme; es würde das ein Gefühl der Bitterkeit bei den Gefangenen erzeugen und von vornherein für eine Besserung hinderlich sein. Ich glaube ferner, daß die einheitliche Regelung nicht aufgehoben werden sollte bis zu einer Neuorganisation des Gefängniswesens. Wenn die im Aussicht genommene Organisation zur Ausführung gelangt, ist eine noch durchaus ungewisse Sache; aber bei der ersten Pflückfrucht werden noch mindestens 3 Jahre vergehen. Während dieser Zeit kann aber unmöglich der jetzige Wirrwarr fortbauern, und ich denke, die Ueberführung in die Hände des Justizministers kann sehr bald und ohne große Schwierigkeit vor sich gehen. Es ist dies auch eine Nothwendigkeit, damit wir einen verantwortlichen Mann haben, an den wir uns wenden können.

Justizminister Leonhardt: Es ist selbstverständlich, daß von Seiten des Justizministers zu diesem Antrage nicht Stellung genommen werden kann. Es handelt sich ja hier um die Ressortverhältnisse mehrerer Ministerien und die Erledigung dieser Frage kann einzig und allein Sache des Staatsministeriums sein. Der Antrag ist mir gestern früh erst zugegangen und bis heute früh kann doch das Staatsministerium unmöglich über eine so wichtige Frage Beschluß fassen. Wenn dem Vorredner keine Fälle bekannt sind, wo Staatsanwälte wegen zu hohen Strafmaßes appellirt haben, so beweist das eben, daß er die Verhältnisse gar nicht hinlänglich kennt.

Abg. Windthorst (Meppen): Dieser Gegenstand hat nicht etwa seit heute, sondern, wie dem Justizminister bekannt sein muß, schon seit einer langen Reihe von Jahren das Haus beschäftigt; das Staatsministerium hätte also wohl hinlänglich Vorbereitung und Gelegenheit gehabt, einen Beschluß in dieser Sache zu fassen. Dasselbe beschäftigt sich ja mit so viel Sachen, mit denen zu beassen es gar nicht nöthig hat; hier ist einmal ein erster und wichtiger Gegenstand für seine Thätigkeit.

Der Abg. Werner wird hierauf angenommen.

Zu Tit. 1 der Ausgabe „Besoldungen des Justizministers“ bemerkt Abg. v. Schorlemer-Mst.: Sie werden es begreiflich finden, daß wir eine ziemlich Anzahl Schmerzensschreie ausstoßen haben, ich will sie auf die bestmögliche concentrirten. Wenn sie etwas nach Culturkampf schmecken, so liegt die Schuld nicht an uns: sie sind eben die naturgemäße Reaction gegen die ungerechte und ungleiche Behandlung, die uns zu Theil wird. Der Justizminister hat im vorigen Jahre ausgedrückt, daß es einen Unterschied mache, ob eine Uebersetzung in der einen oder anderen Zeitung stünde. Diese seine Parole ist nun sofort aufgegriffen worden und hat die allerhöchsten Früchte getragen. Als die Encyclopädie erschien, durften alle nationalliberalen Zeitungen ungefragt abdrucken, alle ultramontanen Blätter aber, die dasselbe thaten, wurden confiscirt. Die Rede, die im vorigen Jahre Graf Palakma hielt, wurde im „Markt-Rundenblatt“ nach dem stenographischen Wortlaut abgedruckt, aber sofort confiscirt, Blätter anderer Richtung konnten sie ungefragt bringen. Es hat mehr und mehr das Verfahren Wlad geiffen, daß von dem Oppositionsblättern verlangt wird, sie sollen den ganzen stenographischen Bericht einer Sitzung zum Abdruck bringen, nur das sei eine wahrheitsgetreue Wiedergabe. Nun denken Sie sich den Fall, die Rede, die der Abg. Richter (Hagen) gestern hier gehalten, würden bei ihrem wortgetreuen Abdruck in einer liberalen Zeitung confiscirt, weil die darauf erfolgten Antworten des Ministers Eulenburg nicht gleichfalls stenographisch wiedergegeben seien; welche Gefährdung hätte sich darüber erhoben? Wenn es aber den Blättern unserer Partei geschieht, verlannt in den liberalen Organen kann ein Wort darüber. In dem letztgenannten Falle will ich übrigens gern zugeben, daß es für den Minister Eulenburg viel vorteilhafter und von günstigerem Eindruck wäre, wenn seine Erwiderungen nicht abgedruckt würden (Hinterkeit); aber er selbst wird wohl hierüber anderer Meinung sein. (Nebener stellt eine Anzahl einzelner Fälle zusammen, in welchen man die stärksten Angriffe der Presse gegen die infalliblen Katholiken unverloft gelassen, während man gegen die ultramontane Presse bei dem kleinsten Anlaß einschreite) und schließt: Ich wünsche, daß meine Ausführungen dem Justizminister Veranlassung geben, seine Staatsanwälte dahin zu instruiren, einmal nach dem fundamentalsten Grundsatze alles Rechts zu verfahren: „Was dem Einen Recht ist, ist dem Andern billig.“ Wenn es in dieser Weise fortgeht wie bisher, so kann ich nur sagen, daß mehr und mehr die schon jetzt vorhandene Uebersetzung im Volke sich verbreiten wird, daß wir nicht eine Gerechtigkeitspflege, sondern eine Pflege des Unrechts haben. (Beifall im Centrum.) — Justizminister Leonhardt: Ich muß anerkennen, daß ich in voriger Session ausgesprochen, es komme bei einer Uebersetzung darauf an, ob sie bona oder mala fide gemacht sei, und daß in dieser Beziehung auch zu erwägen sein werde, welche Richtung ein Blatt befolge. Das ist auch heute noch meine Meinung. Uebrigens habe ich diese meine Meinung den Staatsanwälten nicht mitgeteilt. (Große, andauernde Heiterkeit.) Ueber die große Blumenlese von Einsiedeln, die der Vorredner uns hier gehalten, bedauere ich, mich gar nicht äußern zu können. Ich kann nicht wissen, ob in dem einen Falle die Confiscation mit Grund, in dem andern mit Ungrund erfolgt sei. Um mich zu etwas Weiterem hierin zu veranlassen, sollten doch die Herren, die mir solche Blumenlesen hier vorlegen wollen, mich einige Zeit vorher davon benachrichtigen, dann würde ich mich

barauf einrichten und in der Lage sein, über die einzelnen Fälle Auskunft zu geben. — Abg. v. Schorlemer: Ich vermute, daß die Herren Staatsanwälte, wenn sie auch viel mit Culturkampf beschäftigt sind, doch wohl so viel Zeit haben, die Kammerberichte zu lesen, und ich glaube, das Gemüth eines gutgearteten und aufstrebenden Staatsanwaltes ist so empfänglich, daß, wenn er in den Kammerberichten die Uebersetzung seines Herrn Chefs liest, er sie sich recht sehr tief einprägt und sie nach besten Kräften befolgt. (Sehr wahr!) Dem Justizminister vorher von unseren Beschwerden Mittheilung zu machen, o nein, das thun wir nicht mehr. Die Erfahrungen, die wir in dieser Beziehung gemacht haben, überzeugen, daß der einzige Weg, um etwas zu erreichen, der ist, daß wir die Dinge hier öffentlich im Sitzungssaal zur Sprache bringen, damit der Minister, wozu er verpflichtet ist, darüber sich äußere, was unter seiner Verantwortlichkeit geschieht. — Die Position wird genehmigt.

Kap. 79 enthält die Gerichte erster Instanz; die ersten 5 Titel davon bilden den Etat des Berliner Stadtgerichts. Dazu liegt vor ein Antrag des Abg. Schröder (Königsberg i. N.): „die Staatsregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß den durch die Geschäftsvermehrung bei dem Stadtgericht zu Berlin herbeigeführten Uebelständen, insbesondere den Verzögerungen in der Rechtspflege, durch eine entsprechende Zuweisung von richterlichen und Subalternbeamten Abhilfe geschafft werde.“ — Abg. Schröder: Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich im letzten Jahrzehnt völlig umgestaltet; die Justizorganisation ist aber wesentlich auf derjenigen Basis stehen geblieben, die die Gesetzgebung von 1849 ihr gegeben hat, und dadurch sind Zustände entstanden, die in manchen Fällen geradezu sich zu einer öffentlichen Calamität gestaltet haben. Besonders schroff tritt dies bei dem hiesigen Stadtgericht hervor. Ich kann wohl sagen, daß der Richterstand keinem anderen Beamtenstande in Preußen an Pflichttreue nachsteht; aber was soll der Richter machen, wenn die Arbeit über das posse geht, und das Publikum drängt und seinem Unwillen in persönlichen Klagen Luft macht. Wenn der Richter einer völligen Erschöpfung der Kräfte gegenübersteht, und wenn er sich sagen muß, daß er die Arbeit trotz seiner größten Pflichttreue nicht bewältigen kann, so tritt dadurch eine Störung der Geschäfte ein, die weder für die Beamten noch das Publikum erträglich ist. Die Beamten des Berliner Stadtgerichts arbeiten mit einigen Ausnahmen fast buchstäblich bis zur völligen Erschöpfung. (Auf: Do!) Ja, m. H., im vorigen Jahre hat die Regierung in den Motiven ihrer Budgetvorlage selbst ausgedrückt, es seien für 36 richterliche Hilfsstellen beim Stadtgericht die Kräfte nöthig, um die Geschäfte zu bewältigen. Trotzdem forderte sie nur 18 und bezieht sich vor, was sie übrigens nicht gethan hat, das überschüssige Bedürfnis durch den Diätenfonds zu gewähren. Nun hat die Geschäftsüberführ des Jahres 1875 ein derartiges Anwachsen der Geschäfte gegen 1874 erwiesen, daß der Justizminister gewiß dadurch erschreckt worden ist. Die Civilprozesse haben sich um 23 Proc. vermehrt, Concurrenzen um 8 Proc., Subhastationen um 21 Proc., Wechseln um 28 Proc. — Ministerialdirector Wenzel: Es war Anfangs die Absicht der Justizverwaltung, noch mehr Stellen für das Stadtgericht in Vorschlag zu bringen. Sie hat indessen davon Abstand genommen, weil sich noch nicht übersehen läßt, wie viel Kräfte durch die neue Vormundschaftsordnung werden entbehrlich werden. Der Präsident des Stadtgerichts meint, daß künftig für die Vormundschäfte und Nachlassachen nur 12, statt wie bisher 18–19 Richter erforderlich sein werden. Aus diesem Grunde, und weil auch die Wirksamkeit der Grundbuchordnung voraussichtlich eine Ersparnis an Richtern ergeben wird, haben wir uns darum beschränkt, 10 neue Stellen in Vorschlag zu bringen. Das gegenwärtig das hiesige Stadtgericht, das besonders seine Prozeßdeputationen überlastet sind, ist der Justizverwaltung bekannt. Dasselbe trifft für viele andere Gerichte in industriellen Bezirken, z. B. für die Kreisgerichte in Bochum, Dortmund, Essen und Bielefeld ebenfalls zu. Das die richterlichen Geschäfte sich in ganz anormaler Weise Weise gesteigert haben, ist unabweisbar. Es hängt das zusammen mit unseren heutigen commerciellen und industriellen Verhältnissen. Mit jeder Geschäftstilke vermehren sich die Prozesse und Untersuchungen. Unsere Gerichte werden diese Verhältnisse übersteigen, wie sie während der Nothstandsahre in Ostpreußen von den dortigen Gerichten auch überstanden worden sind. — Abg. Schröder zieht seinen Antrag zurück, da er mit der berechneten Interpretation, welche seine Wünsche gefunden, zufrieden ist. — Die Titel 1–5 werden bewilligt.

Die nachstfolgenden Titel enthalten die Etats der übrigen Untergeordneten. — Auf Anfragen erklärt ein Reg.-Commissarius, daß für die Umwandlung des Kreisgerichts zu Posen in ein Stadtgericht keine Aussicht sei. — Abg. Windthorst (Bielefeld): Die Gerichtsorganisation beruht auf einem Gefeß, der Verordnung vom 2. Januar 1849. Im vorigen Jahre hat der Justizminister die Kreisgerichte zu Althaus, Borken und Lüneburg aufgehoben. Sachlich ist dagegen nichts einzuwenden, doch glaube ich, daß die Aufhebung nicht ohne Zustimmung des Landtages erfolgen dürfte. Ich beantrage, diese Zustimmung jetzt ausdrücklich auszusprechen. — Justizminister: Die Behördenorganisation ist ein Recht der Krone, welches nur eine Ausnahme erleidet, wo bestehende Behörden auf Grund von Gesezen errichtet sind, wie dies z. B. mit unseren Appellationsgerichten der Fall ist. Für die Kreisgerichte bestehen beratende geleitete Vorschriften nicht und halte ich daher mein Vorgehen für durchaus correct. — Abg. Laßer: Die Frage ist in früheren Jahren eine Streitigkeit zwischen Conservativen und Liberalen gewesen. Da das Gesez den Richter gegen eine unwillkürliche Entfernung aus der von ihm bekleideten Stelle schützt, so wäre es zum mindesten eine bedauerliche Lücke in demselben, wenn eine Verfügung des Ministers, durch welche das Gericht selbst aufgehoben wird, diesen Schutz illusorisch machen könnte. Es wäre ferner eine Einseitigkeit, dem Justizminister das Recht zuzuerkennen, Gerichte aufzuheben, während es zweifellos ihm nicht freisteht, neue einzuführen, da wir zuvor die Mittel im Etat bewilligen müssen. Ich beantrage daher, den Antrag Windthorst der Justizcommission zu überweisen, indem ich erwarte, daß sie sowohl den jetzigen Zustand eingehend prüft, als auch im Geseze vorhandene Lücke auszufüllen wäre.

Es ist das um so wichtiger, als die Reichs-Justizcommission es abgelehnt hat, in dem Gerichtsorganisationsgesetz Bestimmungen über die Errichtung von Landesschiedsgerichten zu enthalten, weil dieselben besser der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landesvertretung überlassen bleiben müssen. Wir werden also hier jedenfalls ein Ausführungsgezet zu dem Gerichtsorganisationsgezet zu erwarten und dabei auf diese Frage zurückzukommen haben. — Justizminister: Ich habe gegen die Ueberweisung an die Justizcommission nichts einzuwenden, da wir uns über die Frage, wenn sie auch zur Zeit nur eine geringe Bedeutung haben mag, jedenfalls im Interesse der Ausführung der künftigen Gerichtsverfassung zu verständigen haben. — Hierauf wird der Antrag Windthorst an die Justizcommission verwiesen.

Zu Titel 8 (Gehälter der Staatsanwälte (688,400 M.) ergreift das Wort: Abg. v. Schorlemer-Mst. Der Justizminister hat vorher erklärt, daß er auf Beschwerden nicht antworten könne, wenn sie erst hier zur Kenntnis gebracht werden. Ich bin jetzt in der unglücklichen Lage, eine Beschwerde vorzubringen, welche drei Monate alt ist, und über welche sich zu informieren, dem Justizminister bereits anderweitig Gelegenheit gegeben ist. Sie betrifft Neuerungen in dem Waidoyer des Staatsanwalts Dröcker in Bosen in einer Gerichtsverhandlung vom 7. October 1875. (Redner verliest die betreffenden Stellen, worin gesagt wird, daß für die römische Hierarchie der Tag von Sedan gekommen sei und daß in dreißig Jahren die katholische Kirche zu Grunde gegangen sein werde.) Diese Neuerungen haben vielleicht bei einem großen Theile des Volkes das Gefühl fittlicher Entrüstung hervorgerufen, bei mir haben sie nur Nichtachtung und Heiterkeit verursacht. Für den Standpunkt der Regierung kann es aber weniger gleichgültig sein, wenn ihre Beamten so vorzeitig tiefe Geheimnisse ansplandern, die ihnen vielleicht durch einen gewissen geistigen Rapport mit ihren Vorgesetzten bekannt geworden sind. Der Abg. v. Riegele hat die Sache im Reichstage berührt, sie ist wohl auch durch die Presse und namentlich durch die „Posener Zeitung“ zur Kenntnis der Regierung gekommen, wenn dieselbe in ihrer journalistischen Lectüre nicht eben so beschränkt ist, wie die Kurgäste in Schlangenbad (Heiterkeit). Ich bitte also den Justizminister, sich über diesen Fall auszusprechen, eventuell Remueur zu verschaffen. — Justizminister Leonhardt: Ich bedauere dem Redner nicht dienen zu können, eine amtliche Information ist mir nicht zugegangen. Privatim ist mir mitgeteilt worden, daß wenn der Staatsanwalt eine solche Neuerung gethan habe, dieselbe der „Germania“ entnommen sei, welche eine gleichzeitige über die Protestanten gemacht habe. — Abg. v. Schorlemer-Mst. kann das Bedauern des Justizministers nur theilen, daß er über solche Handlungen eines seiner Beamten keine Auskunft geben kann. — Die Position wird bewilligt.

Bei Tit. 9 (Gehälter für Subalternbeamten bei Gerichten 8,430,385 M.) befragt Referent den Antrag der Commission, über die Petitionen von den Subalternbeamten wegen Gehaltserhöhung zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. Rallenbach: Bei der jetzigen Abwertung der Lebensmittel können die Justizsubalternbeamten nicht mit ihren Gehältern auskommen, sondern befinden sich in drückender Sorge. Es ist ungerecht, die oft viel jüngeren Regierungssecretäre und Secretäre bei Appellationsgerichten höher zu belohnen, als die Kreisgerichtssecretäre, lediglich weil die ersteren bei einer Provinzialbehörde beschäftigt sind, letztere aber nur bei einer Kreisbehörde. Das ist eine Ueberspannung der bürocratischen Idee. — Abg. v. Benda bezeugt, daß aus allen Verwaltungszweigen zahlreiche Petitionen von Subalternbeamten aus denselben Motiven eingegangen seien. Wie in früheren Jahren, so auch in diesem sei die Budgetcommission nicht in der Lage gewesen, mit erheblichen Gehaltserhöhungen vorzugehen, wenn man auch isolirte Correcturen vornehmen könne. Im Allgemeinen könne er dem Vordränger nicht zustimmen und befragt daher den Commissionsantrag, um nicht eine Ermunterung zur Einreichung noch zahlreicherer ähnlicher Petitionen zu geben. — Abg. Windthorst (Meppen) erklärt, daß er gegen den allgemeinen Satz des Abg. v. Benda nichts einzuwenden habe, wenn die Grenzen der vorzunehmenden Correcturen nicht zu eng gezogen würden. Nach dem ihm zugegangenen Petitionen schienen ihm die Gehaltsverhältnisse der Subalternbeamten einer Revision zu bedürfen, um Uebenheiten zu vermeiden. Er bedauert, daß die Finanzlage eine durchgehende Aufbesserung der Gehälter nicht gestattet. — Abg. v. Kardorff bezweifelt, daß bei einer so complicirten Verwaltung, wie die preussische, und bei so verschiedenen Beamtenkategorien mit verschiedener Beschäftigung sich jemals die vom Vordränger gerügten Uebenheiten vollständig würden beseitigen lassen. — Abg. Osterrath constatirt, daß die Gehaltserhöhungen nach dem Verhältnis der Gehälter eingetretten seien und daß bei Uebenheiten nicht die Gehaltserhöhungen, sondern die Gehaltsstellung im Gehaltsverhältnis im Ganzen revidirt werden müßten. — Die Anfrage der Commission angenommen und die Position bewilligt.

Zu Tit. 11 des Kap. 79 (Befolgungen für die Gefängnisbeamten) beantragt Abg. Gertly, die Befolgung des einen von den drei Geistlichen bei dem Strafgefängnis zu Berlin im Betrage von 3000 M. zu streichen. — Der Antragsteller weist zur Begründung seines Antrages darauf hin, daß das Strafgefängnis zwar für 300 Gefangene berechnet, mit einer so großen Zahl von Gefangenen jedoch thatsächlich noch gar nicht besetzt sei. In anderen Staaten sei die Zahl der Geistlichen im Verhältnis zu der Zahl der Gefangenen viel geringer, und da die Natur der Diebe, Gräber und Mörder überall dieselbe sei, so scheine der Antrag durchaus begründet, die Seelsorge für die vorhandenen Gefangenen wolle er nicht beschränken, die Forderung aber für die noch nicht vorhandenen Sträflinge, für bloße Geisteser, Seelsorger anzustellen (Heiterkeit), gehe doch zu weit. — Reg. Commissar Starke erwiedert, daß das Gefängnis für 300 Gefangene eingerichtet und zu deren Aufnahme bereit sei, von „Geistesern“ könne also nicht die Rede sein. (Heiterkeit). — Der Antrag Gertly wird hierauf abgelehnt.

Bei dem Titel der persönlichen Ausgaben für die Gerichte erster Instanz wünscht Abg. Schlüter einen Zuschuß von 200 Tblr. für die Abtheilungs-Dirigenten an den Kreisgerichten. — Justizminister Leonhardt erklärt, daß der Wunsch für den nächsten Etat Berücksichtigung finden werde. — Sämtliche folgende Positionen des Justizetats werden ohne Discussion unbedenklich genehmigt. — Nächste Sitzung Dienstag.

Danzig, den 21. Februar.

Aus den interessanten Verhandlungen des Reichstages von Freitag hatte uns der Telegraph das weitere Duell zwischen den Abg. v. Kardorff und Richter verschwiegen, in welchem der Letztere die Bollschrift des Ersten ein-r wahrhaft verachtenden Kritik unterwarf. Aufgefallen ist die Bemerkung des Ministers des Innern, die Regierung habe die socialdemokratische Bewegung um deswillen sich eine Zeit lang frei entwickeln lassen, um der Welt die Schädlichkeit derselben zu demonstrieren. Der Fische läßt freilich die kleinen Fische laufen, um sie zu vollständiger Größe und Schmachhaftigkeit auszuwachsen zu lassen; diesen Grundgedanken wird man aber nur auf Dinge übertragen können, die sich zum Nutzen und nicht zum Schaden des Ganzen entwickeln. Der Landwirth,

der Gärtner zerstören das Unkraut, wenn es ihnen möglich, so lange dasselbe noch klein ist; ist es größer, so ist es wohl deutlicher zu sehen und leichter zu packen, aber es hat auch schon den Nugewachsen einen großen Theil der Nahrung entzogen, diese vielleicht schon gar erstickt. Und was würden wir von einem Arzte sagen, der die Krankheit nicht in ihrem Anfang bekämpft, sondern sie erst in unseren Körper Bewürfungen anrichten läßt, um uns durch die gefährlichen Symptome über die Art unseres Leidens zu informieren? Könnten wir nicht über dem interessanten Experiment selbst zu Grunde gehen? Auf Dankbarkeit hätte der Arzt also wohl schwerlich zu rechnen, wenn seine Demonstration auch noch so deutlich wäre. Wir glauben aber, daß der Regierung selbst erst später ein Licht über die Bewegung aufgegangen ist. Graf zu Eulenburg hat die socialistischen Zeitungen wohl nicht an der Quelle studirt. In Barmberg befindet sich ein tapferer evangelischer Landpastor, Namens Schuster, der nicht leiden möchte, daß die socialistischen Neuprediger ihm seine Pfarrkinder abspenstig machen. Da er keinen andern Weg sah, so forderte er die Mitatoren zur Disputation heraus, um öffentlich die Haltlosigkeit ihrer Schlüsse zu zeigen; er hat mehrmals mit ihnen gekritten bis in die Nacht hinein und wiederholt ihnen gegenüber den Platz behauptet. Er hat auch, um vor den Socialisten zu warnen, eine umfangreiche Broschüre über sie herausgegeben („Die Socialdemokratie nach ihrem Wesen und ihrer Agitation“), und der heute hier eingetroffene Leipziger „Volksstaat“ fährt mit Seitenangaben den Beweis, daß sämtliche von dem Minister des Innern gebrauchten Citate in dem Werke des tapferen Pastors enthalten sind. Ist das bloßer Zufall? Für wie ungeheuer unwissend — ipso facto der Volksstaat — der Herr Minister die liberale Majorität des Reichstages halten muß, geht daraus hervor, daß er der festen Ueberzeugung ist, ihre Mitglieder hätten noch weniger als eine einzige Broschüre über die socialistische Bewegung gelesen, sie wüßten noch weniger davon, als er.“

Im Abgeordnetenhaus ist der Gedanke angeregt worden, dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Repräsentationsgelder in ungefährer Höhe von 8- bis 10,000 Tblr. zu bewilligen. Es wird nämlich geltend gemacht, daß bei dem Mangel an einem Clublocal die geselligen Zusammenkünfte der Abgeordneten aller Fraktionen fast zu den Unmöglichkeiten gehören und selbst die seit einigen Jahren an jedem Mittwoch stattfindenden parlamentarischen Vereinigungen in den engen Räumen des Abgeordnetenhauses nur wenig Anziehungskraft auszuüben vermögen. Der Präsident des Abgeordnetenhauses hat eine Wohnung von 22 komfortabel eingerichteten Salons zur Disposition, die jedoch nie zu größeren parlamentarischen Gesellschaften benutzt werden, da der Präsident keine Repräsentationsgelder bezieht. Auch waren einige Abgeordnete der Meinung, daß es durchaus in der Ordnung sein würde, wenn das Abgeordnetenhaus gegenüber den Einladungen, welche J. B. seitens der Minister an seine Mitglieder zu ergeben pflegen, auch seinerseits solche durch seinen Präsidenten erlassen könnte. Ein fortschrittliches Blatt hatte den Präsidenten v. Bennigsen angegriffen, indem es supponirte, daß derselbe selbst die Sache angeregt habe. Nach der „N. Z. C.“ hat Herr v. B. sich aber persönlich bestimmt gegen den Plan ausgesprochen, und es steht zu erwarten, daß dieser in Folge dessen aufgegeben werden wird.

Man wird für viele Auslassungen, welche einige fortschrittliche Blätter in letzter Zeit gebracht haben, nicht die parlamentarische Fortschrittspartei verantwortlich machen dürfen. Eine lithographirte Correspondenz, welche als specifisches Organ der Partei galt und vielfach von den Parteiblättern benutzt wurde, scheint sich in jüngster Zeit neben den Fraktionsinteressen noch den Interessen anderer Factoren zu widmen. Wie wir hören, geben zwei ihrer letzten in mehrere Blätter übergegangenen Artikel über die Audienz der Großindustriellen bei Minister Dr. Hohenhausen und über das Verhältnis der Nationalliberalen zu dem Bericht der Eisenbahnuntersuchungs-Commission, Auffassungen Raum, die wohl in bestimmten Interessentenkreisen, nicht aber innerhalb der Fortschrittspartei vertreten sind.

Das Ergebnis der Debatten im Abgeordnetenhaus über den Bericht der Eisenbahn-Untersuchungs-Commission, welche der nunmehr eingebrachte Antrag Denzin veranlassen wird, dürfte den in manchen Kreisen gehegten Erwartungen nicht entsprechen. Der „N. Z.“ schreibt man: „Was einen hervorragenden Mitglieder des Reichstages (v. Jordan) vor einiger Zeit an folgenden Belegspüren seitens eines irigen Gegners der liberalen Partei, der aber nicht zum Reichstage gehört (v. Dietz-Daber), mitgeteilt wurde, soll sehr unsicherer Natur gewesen sein und die Warnung voranlaß haben, sich daraufhin nicht einer unausbleiblichen Niederlage auszuweisen.“ Dann werden die ursprünglichen Veranlasser sich freilich immer auf die Motive ihres Antrages berufen können, welche von persönlichen und Parteirücksichten nichts wissen, sondern lauten: „Es ist eine berechtigte Forderung des Landes, daß der von der Untersuchungscommission erstattete Bericht zum Besten der allgemeinen Wohlfahrt durch Veranlassung der sachlichen Momente nutzbar gemacht werde, für Entscheidung der Frage, ob die jetzige über Actienunternehmungen bestehende Gesetzgebung einer Revision bedarf.“ Und der Antrag ist dadurch auch mehr als gerechtfertigt. Unterzeichnet ist er von 22 Nationalliberalen, 4 Alt-, 4 Neukonservativen, 3 „Wilden“ und 2 Freikonservativen (v. Kardorff und v. Salbern). Ueber den Bericht werden wir in nächster Nummer einen orientirenden Artikel von parlamentarischer Seite bringen.

Mit dem Carlismus geht es jetzt wirklich zu Ende. Die feste Burg desselben, das heilige Skella, ist bereits in den Händen der Alphonisten, damit dürfte der Bürgerkrieg in Navarra so gut wie beendet sein. Die carlistische Junta der Provinz ist bereits mit den Archiven in die Berge geflohen, die carlistische Junta von Guipuzcoa befindet sich schon seit einigen Tagen auf französischem Boden, in Guipuzcoa wird vielleicht noch um Tolosa gekämpft werden. Don Carlos hat seinen legitimistischen Freunden in Frankreich und Oesterreich bereits angezeigt, daß sein Ende nahe, er wird sich wohl bald aus dem Staube über die Grenze machen. Hoffentlich hat Spanien dann vor

diesem Feinde Ruhe, wenigstens für einige Jahre, bis die Tassen der ultramontanen Legitimisten wieder mehr gefüllt sein werden.

Deutschland.

△ Berlin, 20. Februar. Bezüglich der Reichsjustizgesetze ruhen in nächster Zeit hier in Berlin wenigstens alle Arbeiten. Auch der Justizauschuß des Bundesrathes wird sich damit in der zweiten Hälfte des nächsten Monats zu beschäftigen haben. Die auswärtigen Mitglieder desselben treten morgen die Heimreise an. Die bisherigen Beschlüsse der Commission sind jetzt den einzelnen Regierungen übermittelt und bilden den Gegenstand der Prüfung und Begutachtung, erst nach Abschluß dieser Vornahmen erfolgt eine Instruktion für die Bundescommissare, welche dann im Justizauschuß eine Vorlage ausarbeiten werden. Diese wird die Gesichtspunkte der Regierungen gegenüber den Beschlüssen der Justizcommission entwickeln, aus denen eine Annahme bezw. Ablehnung der Beschlüsse ausgesprochen wird. In den Justiz-Departements der Einzel-Regierungen sieht man daher für die nächste Zeit einer ganz besonders lebhaften Thätigkeit entgegen. Bekanntlich hat die Commission die Vorlagen um die Bestimmungen über die deutschen Richter und die deutschen Anwälte erweitert, zu welchen Festsetzungen bisher noch gar nicht von den Regierungen Stellung genommen worden ist. Es bekräftigt sich, daß an den Beratungen des Justizauschusses über die Justizgesetze sämtliche deutsche Justizminister unter Vorsitz des preussischen Ministers Dr. Leonhardt Theil nehmen werden. — Die nächste Plenarsitzung des Bundesrathes wird, wie man erwartet, die Abstimmung über die Strafrechtsnovelle nach den Reichstagsbeschlüssen bringen, deren Annahme zweifellos ist. Die Verögerung der Abstimmung soll durch weitere, jetzt aber abgeschlossene Beratungen des preussischen Justizministers herbeigeführt worden sein. — Das Hilfskassengesetz ist dem Handels-Ausschuß überwiesen, hier dürfte die verzögerte Beschlußfassung des Bundesrathes wohl mit der Abreise des bisherigen Referenten, des bayerischen Ministerialraths v. Riebel, zusammenhängen; das Referat wird nun wahrscheinlich der preussische Ministerial-Director im Handelsministerium, Jacoby, übernehmen. — Der Handelsauschuß des Bundesrathes wird sich demnächst mit Maßnahmen gegen Anfertigung und Verbreitung falscher Reichsmünzen zu beschäftigen haben. Auch die wichtigsten Ausfuhrarbeiten werden längstens in 8 Tagen abgemacht sein. — Die erwähnte Interpellation des Abg. Windthorst (Bielefeld) wegen des Unterrichtsgezetes hat folgenden Wortlaut: „Nach den vom Herrn Cultusminister in den letzten Sessionen wiederholt abgegebenen Erklärungen dürfte erwartet werden, daß die Vorarbeiten für das durch den Art. 26 der Verfassungsurkunde verheißene Unterrichtsgezet so weit gefördert sein würden, um dasselbe dem Landtage in dieser Session vorlegen zu können. Da diese Erwartung nicht erfüllt zu werden scheint, andererseits aber der Mangel eines guten Unterrichtsgezetes täglich schwerer empfunden wird, so erlaube ich die Unterzeichneten an der Rgl. Staatsregierung die Anfrage zu richten: Wie weit sind die Vorarbeiten für das Unterrichtsgezet gebiechen, und wann darf die Vorlage desselben erwartet werden?“

— Das Immediatgesuch, welches die Frau Gräfin von Arnim-Bohlenburg an den Kaiser gerichtet hat, um ihrem Schwiegersohne, dem Grafen Arnim, freies Geleit an das Krankenbett seines Sohnes und wieder zurück nach Italien zu erwirken, wurde, wie die „N. A. Z.“ von zuverlässiger Seite erfährt, von dem Kaiser nicht abschlägig beschieden. Vielmehr wurde, da verfassungsmäßig der Kaiser in den Gang des gerichtlichen Verfahrens nicht anders eingreifen kann, als in der Form einer Begnadigung oder Strafmilderung, das Gesuch dem hiesigen Stadtgericht zur Kenntnissnahme zugesandt. Inzwischen wurde das Project, daß Graf Arnim sich hierher an das Krankenbett seines Sohnes begeben, sowohl von der hier weilenden Familie des Kranken als auch vom Grafen Arnim aufgegeben, da der Arzt die mit Rücksicht auf den Krankheitszustand des Herrn von Arnim-Schlagenthein gegründete Befürchtung ausdrückte, daß die Ankunft des Vaters den Zustand des Kranken verschlimmern könnte. Die seit November v. J. im Gange befindliche Voruntersuchung wegen des in der Broschüre Pro Nihilis sich äussernden Laubes-Vertrages wird noch immer fortgesetzt. Derselbe ist noch nicht so weit gebiechen, um auf Grund der gegebenen Ermittlungen eine Anklage gegen eine bestimmte Person zu erheben. Neuerdings ist Graf Arnim, welcher der Ueberheftung jener Broschüre verdächtig ist, zur verantwortlichen Vernehmung vorgeladen worden. Graf Arnim hat jedoch bisher auf diese Vorladung dem Untersuchungsrichter eine Antwort nicht zukommen lassen.

Köln, 19. Febr. Der Verkehr auf der Rheinischen Eisenbahn von hier nach Belgien ist gestern Abend wieder hergestellt worden. (W. Z.)

Dresden, 19. Febr. Wie das „Dresdener Journal“ meldet, ist dem Kronprinzen des Deutschen Reichs vom König von Sachsen das achtschüssige zweite Fusaren-Regiment (bisheriges zweites Reiter-Regiment) verliehen worden.

Hamburg, 19. Febr. Nach hier eingegangener telegraphischer Mittheilung aus London scheint die Ladung des Dampfers „Franconia“ nicht beschädigt. Nach der Ansicht von Sachverständigen trifft den Dampfer „Strachidde“ allein die Schuld der Collision. 16 Personen von letzterem werden noch vermisst, 5 sind durch die „Franconia“ gerettet worden. (W. Z.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Febr. Die Aufweisung Dr. Rilian's hat zu einem sehr unruhigen Nachspiel Veranlassung gegeben, das der Wiener Polizei wahrlich nicht zur Ehre gereicht. Nachdem nämlich der Termin, welcher dem Gemachreglement zum Verlassen Wien's gestellt war, abgelaufen, die Polizei aber im Ungewissen war, ob Rilian noch in den Mauern der Hauptstadt weile oder nicht, trat sie an die Frau Rilian's mit der Forderung heran, zur Denunciantin ihres Mannes zu werden. Frau Rilian, eine Engländerin, die ihr Brod mit Stundengeben verdient, setzte diesem Ansuchen, trotzdem sie von einem Polizeicommissär wie eine Bagabondin behandelt wurde, die entschiedenste Weigerung entgegen. Sie erklärte nicht lügen zu

wollen, sie gestehe deshalb, daß sie wisse, wo ihr Mann sei, aber sie weigere sich auf's Entschiedenste, zur Verrätherin an ihm zu werden. Auf Veranlassung mehrerer Engländer hat sich der englische Gesandte der bedrängten Frau angenommen.

Wien, 19. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte der Finanzminister den Gesetzentwurf betreffend die von den Actiengesellschaften und Creditvereinen zu leistenden Beiträge zum Wiener Börsenfonds (Gottungssteuer) ein. (W. Z.)

Lemberg, 18. Februar. Der „Gazeta Narodowa“ zufolge ist dem Cardinal Ledochowski in Krakau seitens der Regierung der Ausweisungsbefehl zugekommen, welchem er bisher nur in Folge einer Erkrankung nicht Folge leisten konnte. — „Dziennik“ bekräftigt, daß Ledochowski der Wink erteilt worden sei, seine Anwesenheit in Krakau abzukürzen und die bevorstehende Reise nach Lemberg zu unterlassen. „Dziennik“ tadelt es, daß sich Polen gefunden haben, welche diesem bekannten Gegner der nationalen Bestrebungen Donationen bereiten.

Frankreich.

Paris, 18. Febr. Der „Republique française“ ist es schlecht ergangen. Ihr Verwalter Senoir e-schien heute vor der 9. Kammer des Rechtspolizeigerichts. Sein Vertheidiger war Senard. Der Staatsanwalt begründete die Anklage, wonach die „Republique“ in einem Artikel über Basset's Candidatur den Minister des Innern grüßlich beleidigt habe. Dagegen führte Senard aus, dies Blatt habe Buffet nicht als Minister, sondern als Candidaten angegriffen und diese Anklage übertrüge nicht die Grenzen der erlaubten Polemik. Uebrigens habe die „Republique“ nur die Rede Doignon's wieder gegeben, welche in anderen Blättern angegriffen durchgenommen. Der Gerichtshof beriet sich eine Stunde lang und kam dann mit einem Verdict zurück, welches Senoir zu einem Monat Gefängnis und 2000 Franken Geldbuße verurtheilt. — Der neue Saal der Nationalversammlung ist jetzt vollendet; der Architect Joly hat die Permanenz-Commission eingeladen, in ihre nächsten Zusammenkunft von demselben Besitz zu nehmen. — In Folge des plötzlichen Thauwetters ist die Seine stark angeschwollen; die niedrig gelegenen Quais in Paris sind überschwemmt und außerhalb der Stadt ist der Fluß an mehreren Stellen ausgetreten.

Spanien.

Madrid, 19. Februar. Der König hat den Oberbefehl über die Armee übernommen. General Quefada, der zum Chef des Generalstabes im königlichen Hauptquartier ernannt ist, ist heute früh von Vittoria nach Vergara abgereist. Die Generale Poma, Moriones und Quefada werden den König in Vergara erwarten. — Es bekräftigt sich, daß die Position der Carlisten bei Montejurra von den Regierungstruppen genommen worden ist; der carlistische General Calderon fiel dabei in ihre Hände. Der Verlust der Regierungstruppen betrug 300 Mann. (W. Z.)

Aus Bayonne vom 19. Februar meldet man: Die Deserationen und Auswanderungen seitens der Carlisten mehren sich. — Neuerdings tauchen wieder Gerüchte von einem bevorstehenden Condenio auf. — Die Regierungstruppen haben Penaplatá besetzt.

England.

London, 17. Febr. Ganz Manchester ist heute in Aufregung wegen der Parlamentswahl, zu welcher schon seit lange so eifrige Vorbereitungen getroffen werden. Zu den Gebeln, welche bei solchen Gelegenheiten in Bewegung gesetzt werden, gehört in erster Linie der englische Nationaltrunk, das Bier, und in Manchester fließen heute Ströme des edlen Getränks. Große Heiterkeit erregte die Aussicht von etwa 15 schwerbeladenen Bierwagen; es waren nämlich die Fässer mit großen blauen Placaten bedeckt und trugen die passende Aufschrift: „Stimmt für Powell (den conservativen Candidaten) und religiöse Erziehung!“ — Die Frage, ob der englische Staatsbürger, welcher der englischen Staatskirche treu bleiben will, dabei auch auf den Teufel Rücksicht zu nehmen und ihn in sein Glaubensbekenntnis einzuschließen habe, ist von der höchsten Instanz in Kirchenangelegenheiten, dem gerichtlichen Ausschuss des geheimen Staatsrathes verneint worden. Diese Behörde hat nämlich das Urtheil des früheren geistlichen Oberrichters Sir Robert Phillimore in Sachen Jenkins wider Gool, oder Pfarrkind gegen Pfarrherr, umgestoßen und damit dem Herrn Jenkins die befriedigende Erklärung gegeben, daß er wegen seiner Teufelsleugnung und seines Widerstrebens, an ein ewiges Höllenfeuer zu glauben, noch nicht als ein „offener und notorischer Sünder“ (evil liver) und als ein „gemeiner und notorischer Verbrecher des kirchlichen Gebotbuches“ betrachtet werden dürfe. Denn nur als einem solchen konnte der Pfarrherr, Herr Gool, ihm das Abendmahl verweigern. Für Herrn Jenkins und alle Diejenigen, welche sich aus dem Leibhaftigen nichts machen, liegt hierin eine große Genugthuung. Schlimmer steht es mit dem Pfarrherrn Gool aus. Er muß für seinen kirchlichen Eifer noch obendrein die Kosten bezahlen und hat schließlich nichts dafür als des — Teufels Dank.

Türkei.

Konstantinopel, 18. Februar. Der Sultan hat heute die Moschee besucht, der Großvezier ist von seinem Unwohlsein gleichfalls wieder hergestellt. — Es heißt, daß das bereits erwähnte Project, gewisse Einkünfte zur Bezahlung aller Coupons der türkischen Schuld zu verwenden, dem Sultan zur Genehmigung bereits vorgelegt worden sei, und daß eine baldige Veröffentlichung desselben zu erwarten stehe. (W. Z.)

Rumänien.

Bukarest, 19. Febr. Der Senat hat das Refrutiungsgesetz mit unwesentlichen Modificationen nach den Beschlüssen der Deputirtenkammer angenommen. (W. Z.)

Eisgang. Ueberschwemmungen.

Wien, 19. Febr. Nach dem heute früh veröffentlichten Berichte stehen das ganze Eberberger Thais, der untere Theil des Praters sammt Freudenau, einige tiefer liegende Gassen der Leopoldstadt und Rastau unter Wasser. Da die Donau unterhalb Kloster Neuburg noch nicht eisfrei ist, andererseits aber die Wasser in den oberen Donau-gegenen rapide steigen, so ist die Gefahr größer geworden. — Der Fundationsdamm des Haupt-

Vor Eintreffen der Frühjahrstoffe gebe ich große Partien vorjähriger Kleiderstoffe der verschiedensten Gattungen zu bedeutend zurückgesetzten Preisen ab.

August Momber.

Meine Frau wurde heute von einem Knaben glücklich entbunden.
Boppot, den 20. Febr. 1876.
J. Klaasson.

Die Verlobung meiner Tochter Rosalie mit Herrn Theodor Rauberg zeige ich ganz ergebenst an.
Altendorf bei Danzig, den 20. Februar 1876.
D. Meyer, Hofbesitzer.

Gestern Mittag 1 Uhr starb nach längerem Leiden im 84ten Lebensjahre der Kaufmann August Loupold.
Dieses zeigen statt besonderer Meldung an die Hinterbliebenen.
Danzig, den 21. Februar 1876.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 26. dss., Morgens 9 Uhr vom Leichenhause des St. Salvator-Kirchhofes aus statt.

Statt jeder besonderen Meldung.
Heute Vormittag 11 1/2 Uhr entschlief sanft nach zwölftägiger Krankheit unsere liebe Tochter Louise im Alter von 4 Monaten 1 Tag.
Danzig, den 19. Februar 1876.
Die tief betraubten Eltern:
Oskar Schröder,
Prem.-Lieut. im 4. Uflr. Gren.-Regt. No. 5,
Louise Schröder, geb. Reissert.

Am 18. Februar c., Abends 1/2 12 Uhr, starb nach sechsstündigem Leiden unsere jüngste Tochter Emma, was wir in tiefster Schmerz, statt besonderer Meldung, mittheilen.
August Reichenberg und Frau.

Heute Abend 9 1/2 Uhr starb an der Bräune unser liebes Töchterchen Rosa, 1 Jahr und 3 Monate alt.
Danzig, den 20. Februar 1876.
George Doering und Frau.

Heute Morgen 5 Uhr entschlief sanft mein treu bewährter Mitarbeiter u. Freund der Herr Apotheker W. Müller aus Tilsit. Dieses seinen Freunden und Bekannten zur Nachricht.
Danzig, den 20. Februar 1876.
A. Feinze, Apotheker.

Heute Abend 10 Uhr entschlief sanft Frau Caroline von Kistow geb. Steingräber im 64. Lebensjahre, welches wir tief betrübt anzeigen.
Boppot, den 19. Februar 1876.
Die Hinterbliebenen.

Concurs-Eröffnung.

Königl. Stadt- und Kreis-Gericht zu Danzig,
Erste Abtheilung.
den 18. Februar 1876, Vormittags 11 1/2 Uhr.
Ueber das Vermögen der Preussischen Portland-Cement-Fabrik, Actiengesellschaft, in Danzig ist der kaufmännische Concurs eröffnet und der Tag der Concurs-Einstellung auf den 16. Februar 1876 festgesetzt worden.
Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann Carl Bahlke hier bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf den 1. März 1876, Vormittags 10 1/2 Uhr, in dem Verhandlungszimmer No. 14 des Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen Commissar Herrn Stadt- und Kreis-Ger.-Rath Altmann anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines andern einstweiligen Verwalters, sowie darüber abzugeben, ob ein einstweiliger Verwaltungsrath zu bestellen und welche Personen in denselben zu berufen seien.
Allen, welche vom Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nicht an denselben zu verabschieden oder zu zahlen; vielmehr von dem Besitze der Gegenstände bis zum 25. März cr. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte ebenbürtig zur Concursmasse abzuliefern. Pfandhaber oder andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken uns Anzeige zu machen.

Ostereier! Ostereier! Ostereier!

In Conserve, Marzipan, Schokolade und Carraturen auf beionderte Bestellung auch mit Photographien empfiehlt die alleinige Ostereier- und Süßwaren-Fabrik von
G. Hartung,
Danzig, 1. Baum 20.
Wiederverkäufern den höchsten Rabatt.

Durch den Inventur-Ausverkauf angefallene circa 100 halbe Stück Leinen, enthaltend 25 bis 26 Berliner Ellen, darunter ein Posten ungeklärte Hanfleinen von 2 No. 20 Lys, und ein Posten Bielefelder, 80 c. breit, von 3 No. 20 Lys, haben von heute zu obigen enorm billigen Preisen zum Ausverkauf ausgelegt; ferner circa 100 Stück Chiffon und Shirting, enthaltend 30 Ellen, von 3 No.,
= 100 Stück Negligee-Zeng, enthaltend 30 Ellen, von 3 No.,
= 100 Dtd. Corsets, weiß und grau, von 65 r.
Eine Partie gebleichte und ungebleichte Parchende, Elle von 2 Lys an.
Kiehl & Pitschel,
Leinen-Handlung und Wäschefabrik,
71. Langgasse 71.

Nur noch bis Ende dieses Monats.
Haarflechten
von ächten prima Haaren:
Ein Diademzopf 1 No. 10 Lys, 1 Haarzopf 65 Ctm lang, 2 No.,
Ein Haarzopf 80 Ctm lang, 3 No. 10 Lys, Ein Haarzopf 85-95 Ctm lang, 4, 5, 6 No.,
Ein Faden-Chignon, sehr äppig, 2 No. 20 Lys.
Ausgeämmte Haare werden zu einem Kopf gefast für 10 Lys. Verfärbte Böpfe werden acht gefärbt für 10 Lys.
3000 Haarpiecen in allen Farben stets vorrätig, welche auch zur Ansicht ergebenst empfohlen werden. Postaufträge werden genau nach Muster effectuirt.
M. Freiberg, Haargeschäft, Holzmarkt 20.

Ausverkauf
der
Carl Reeps'schen Concurs-Masse.
Mittwoch, den 23. dss., kommen zum Verkauf:
Spizen und Tülls jeder Art (darunter ganz breite Spizen und Volants), seid.
Gaze, Mulls, Carlatans u. c.
Donnerstag, den 24. dss., kommen zum Verkauf:
Echte und echte Sammete, Velours, Rippe, Taffete u. c. Besonders zu empfehlen: vorzüglich schöner schwarzer Halbhammet.

Guano-Niederlage
und
Danziger Superphosphat-Fabrik
Actien-Gesellschaft.
Fabrik: Saspe No. 19 bei Danzig. Comtoir: Danzig, Hundeg. 57.

Zur Frühljahrsbestellung empfehlen wir unsere Superphosphate, namentlich unsere aus Latrinestoffen und Phosphaten dargestellten **Specialdünger** für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Kartoffeln, Ruder- und Kunkelrüben Wenden, Klee u. c.
Jeder Landwirth ist berechtigt, die von uns bezogenen Düngemittel auf den anseherig garantirten Gehalt an Nährstoffen unter den in unseren Preis-Couranten bezeichneten Bedingungen von der landwirthschaftlichen Versuchstation Rauschen bei Schmigzel auf unsere Kosten untersuchen zu lassen.
Gutachten:
Seit mehreren Jahren beziehe ich chemische Dünger aus der Danziger Superphosphat-Fabrik, Danzig, Hundegasse No. 57, die sogenannten Specialdünger, welche extra zu jeder Fruchtgattung zubereitet werden. Ich kann sagen, daß ich bei Gemüse, Palm- und Kartoffel-Früchten vollkommen befriedigt worden bin.
Nagern bringe ich seitdem eine Frucht ohne diese Düngung in den Boden.
Meinen Fachgenossen rathe ich daher aus Ueberzeugung, diese Dünger in Anwendung zu bringen.
Warneinen bei Osterode, Provinz Ostpreußen, den 1. Januar 1876.
Johanna Schröder.

Herings-Auction.
Freitag, den 25. Februar 1876, Vormittags 10 Uhr, werden die Unterzeichneten auf Verfügung des Königl. Commerz- und Admiraltäts-Collegii auf dem Hofe der Herren F. Sohm & Co. in öffentlicher Auction meistbietend versteigern:
a. 307 Tonnen crown branded matties 1874
Heringe ex Schiff „Craigowan“,
b. 335 Tonnen crown branded mixed 1874
Heringe ex Schiff „Morning Star“.
Mellien. Ehrlich.

Ruß- und Brennholz-Auction
zu Kl. Plehnendorf bei Rüdforter Schanze.
Dienstag, den 22. Februar 1876, Vormittags 10 Uhr, werde ich am angeführten Orte für Rechnung wen es angeht, lagernd unter Aufsicht des Holz-Capitains Herrn A. Körber,
ca. 1900 Stück fichtene Schwellen (6/10 Zoll), darunter 195 Stück (6/10 Zoll) von 24 bis 25 Fuß lang u. 652 Stück (6/10 Zoll) von 16-17 Fuß lang an den Meistbietenden gegen baare Zahlung verlaufen.
Joh. Jac. Wagner Sohn, Auctionator.
Bureau: Hundegasse No. 111.

Holz-Verkaufs-Termin.
Freitag, den 25. Februar 1876, Vormittags 10 Uhr, werde ich bei dem Hotelbesitzer Herrn Pollnow in Preuß-Stargard ca. 5-600 Raum-Meter gutes kiefernes Klobenholz, sowie ca. 60 R.-Mtr. kiefernes Knüttelholz, welches ca. 1/2 Meilen von Preuß. Stargard an der Koloschler Grenze steht, in einzelnen Partien per Auction verlaufen.
J. O. Sulewski.

Spilz-Erbsen (prima Qualität) pro Pfd. 2 Lys empfing und empfiehlt.
H. Entz, Langenmarkt No. 22.
Große reife Pomeranzen
empfiehlt
A. Fast, Langenmarkt No. 33/34.

Eine ältere Dame welche während Abwesenheit der Hausfrau dieselbe auf kurze Zeit vertritt wird gewünscht Tobiasgasse 1 u. 2, 1 Tr. (6564)
Für das Comtoir eines hiesigen Getreide- u. Waaren-Commissions-Geschäftes wird ein tüchtiger Lehrling mit guter Handschrift gef. Mr. u. 6562 w. in d. Exp. d. Bzg. erb.
Ein erfahrener u. zuverlässiger Kindermädchen mit g. Zeugn. w. nach, das Gef.-Bür. Nothenmarkt 30, Danzig
Zwei Schülerinnen finden liebevolle und anständige Pension bei A. Volbt, Boggenpfl. 20. (6566)

Ein unverb. Rechnungsführer
in gesehenen Jahren findet auf einem großen Gute Stellung durch
H. Matthiessen, Kettelhagergasse 1.
Pension.
Pensionäre sind zum 1. April in einem anständ. Hause i. der Jopeng. freundliche Aufnahme; denselben wird zugl. Gelegenheit geboten sich in der franzö. Sprache auszubilden, da die Hausfrau selbst ein Französin ist. Nähere Auskunft wird ertheilt 1. Baum 6.

3000 Mark
gesucht auf 3 Jahre zu 5 Procent von einem realen Geschäftsmann und promptem Rückzahler.
Gefällige Offerten werden unter No. 6558 in der Exped. dieser Bzg. erbeten.

Die Inspectorstelle in Strazewo ist bereits besetzt. Dieses den vielen Bewerbern zur Nachricht.

Ein Lagerkeller,
geräumig und trocken, bestehend aus Ober- und Unterkeller nebst separat gemauertem Eisabwahrungsraum, ist sogleich Hundegasse 118, nahe der Post, zu vermieten.

Hundegasse 21 ist die erste Etage zum 1. April c. zu vermieten.

Dritte Vorlesung
zum Besten der Martha-Verberge **Sophonisbe,**
preisgekröntes Trauerspiel von Geibel.
In vertheilten Rollen gelesen
Dienstag, den 22. Februar cr., Abends 6 1/2 Uhr,
im Gewerbehaus.
3 Billets a 3 M., einzelne Billets a 1/2 M. sind in den Buchhandlungen der Herren Scheinert, Langgasse, und Broewe & Benth, Jopengasse, zu haben.
Das Directorium.

Naturforschende Gesellschaft.
Mittwoch, 23. Februar c., 7 Uhr Abds., in der Aula der Realschule zu St. Johann: Ordentliche Sitzung. Vortrag des Herrn Dr. Hankf über: „Anheilung vollständiger vom Körper getrennter Theile.“
Demonstration der Marshall'schen Taucherlampe durch den Erfinder.
Dr. Ball.

Ressource Libertas.
Dienstag, den 22. cr., Abends 8 Uhr, im Locale des Herrn Martin, Brodbänkegasse No. 44:
Familien-Abend.
Zum recht zahlreichen Besuch ladet ein
Der Vorstand.

Café d'Angleterre.
Heute sowie folgende Tage großes Concert und Gesangsvorträge meiner neu engagierten Damen-Gesellschaft aus Hamburg.
NB. Mein Local ist neu decorirt und stehen 2 neue französische Billards zur Verfügung.
A. Gahmer.

Bremer Rathskeller
Langenmarkt 18.
Heute sowie folgende Abende großes Concert und Gesangsvorträge, ausgeführt von einer neu engagierten Damen-Kapelle, wozu freundlichst einladet
H. F. Schultz.

Haase's Concert-Halle,
42. Breitengasse No. 42.
Heute und folgende Tage großes Concert und Gesangsvorträge meiner beliebten Damen-Kapelle unter Mitwirkung der Canconneuse Fräul. Rosa Dör und der dänischen und schwedischen Gesangs-Soubrette Fräulein Nicolus Jensen. Verbindung von dem Indischer Pontabdei. Französisches Billard.
H. Haase.

Neuer Gesang-Berein.
Dienstag, den 22. d., präcise 7 1/2 Uhr Abends, Übungsstunde. (6613)

III. Sinfonie-Soirée
Sonnabend, den 26. Februar, Abends 7 Uhr,
im Apollo-Saal des Hôtel du Nord, unter gütiger Mitwirkung der Damen Fräul. Hasselbeck und Fräul. Baermann, der Herren Glomme, Polenz und Reutener.

Programme zum IV. Concert.
Schumann, Ouverture zu Genoveva.
Liedervorträge des Frn. Glomme. Cherubini, Ouverture: Anacron. Beethoven, Sinfonie C-moll.
Den geehrten Abonnenten von Concert I. und II. bleiben ihre Plätze behufs event. Erneuerung des Abonnements zu Concert III. und IV. bis Mittwoch, den 24. Abends, reservirt. Abonnements-Preis für Concert III. u. IV. für Saal numerirt 5 M., Balkon numerirt 4 M. 50.
Einzelpreise: numerirt 3 M., Stehplätze 1 M. 50, Schülerbillets 1 M.
Constantin Ziemssen.

Stadt-Theater.
Dienstag, den 22. Februar. (7. Ab. No. 6).
Fiaaro's Hochzeit. Oper von Mozart.
Mittwoch, den 23. Februar. (Ab. susp.)
Zum ersten Male wiederholt: Die Reise um die Erde in 80 Tagen. Spektakel-Stück in 5 Abtheilungen und 15 Tableau von A. D'Ennery und Jules Verne.
Donnerstag, 24. Februar. (7. Ab. No. 7).
Der Barbier von Sevilla. Oper von Rossini.
Freitag, 25. Februar. (7. Ab. No. 8.) Zum dritten Male: Die Reise um die Erde in 80 Tagen. Spektakel-Stück in 5 Abtheilungen und 15 Tableau von A. D'Ennery und Jules Verne.
Sonnabend, den 26. Februar, bleibt das Theater geschlossen.
Die Vorstellungen von „Reise um die Erde in 80 Tagen“ werden decorativer Schwierigkeiten wegen in kürzester Aufeinanderfolge gegeben.

Selonke's Theater.
Dienstag, den 22. Febr.: Gastspiel der aus 12 Personen bestehenden Schumanns, Ballet- u. Pantomimen-Gesellschaft des Frn. Alf. Hormandos. II. A.: Ein Bräutigam, der seine Braut verheirathet. Lustspiel. Parlequin aus Marmor-Statue. Komische Pantomime.
Sonnabend, den 26. Februar: Auf allgemeines Verlangen: Großer Maskenball.

Einer Festlichkeit wegen
ist mein Local für morgen geschlossen.
J. Mohr.
Weiß' Café-Paus.

Der Seele rechte Größe sollst Du tragen, Die nicht auf Rang und Reichthum blickt? Wer hat den Muth, dies Wort zu sagen, Der Dich nur kennt und nicht erschrickt.
Die Eitelkeit allein, die Schlimme, Sie ist es, der nur hulldigt Du, Sie nur allein hat für Dich Stimme, Sie nur giebt Deinem Herzen Ruh.
Mag sein, daß sich noch ein ge neigen, Zu Dir; doch klein ist ihre Schaar. Die ächten Männer Danzig's schweigen, Berachtung bieten sie Dir da.
Königsberger Pferde-Lotterie a 3 M.
Berliner Flora-Lotterie a 3 M.
Arndt-Denkmal-Lotterie a 3 M. bei Theodor Bortling, Verberg. 2.
Verantwortlicher Redacteur O. Adner. Druck und Verlag von A. W. Rasemann Danzig.